

Steuern / Wirtschaft

Weitere Entlastungen für Bürger, Unternehmen und die Landwirtschaft

Die jetzt beschlossenen Steuer- und Abgabentlastungen mit einem Gesamtvolumen von ca. 13 Mrd. Euro sind ein weiterer Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Wirtschaftsschwäche. Die steuerliche Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge, die Korrekturen an der Unternehmensteuerreform sowie die jetzt gegenüber der SPD durchgesetzte Lösung bei der Agrardiesel-Besteuerung für Landwirte entsprechen alten CSU-Forderungen.

Das „Bürgerentlastungsgesetz“ schafft die Grundlage dafür, dass ab 2010 die Aufwendungen für die Kranken- und Pflegeversicherung steuerlich geltend gemacht werden können. Gesetzlich Krankenversicherte können dadurch um bis zu 1.000 Euro im Jahr entlastet werden. Gesamtvolumen dieser Steuererleichterung, die darüber hinaus die Absetzbarkeit weiterer Versicherungsbeiträge regelt: 9,5 Mrd. Euro.

Um die Auswirkungen der konjunkturellen Schwächephase insbesondere auf mittelständische Betriebe abzufedern, werden diese durch Korrekturen im Bereich der Unternehmensteuern um rund 3,5 Mrd. Euro entlastet. Gerade in schwierigen Zeiten muss alles vermieden werden, was die Liquidität und Ertragskraft der Betriebe gefährden könnte und im Unternehmensteuerbereich wie ein Brandbeschleuniger wirken könnte:

- ◆ In den Jahren 2009 und 2010 können Unternehmen Zinszahlungen - etwa für Kredite - nunmehr bis zu einer Höhe von 3 Mio. Euro steuerlich geltend machen. Die sog. Zinsschranke liegt gegenwärtig bei einer Mio. Euro.
- ◆ Die Verdoppelung der Grenze für die sog. Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer auf 500.000 Euro stärkt vor allem die Liquidität kleinerer und mittlerer Firmen sowie des Handwerks und von Selbständigen: Sie müssen künf-

tig dem Finanzamt erst dann die Umsatzsteuer zahlen, wenn der Kunde seine Rechnung auch tatsächlich bezahlt hat. Bisher wird die Umsatzsteuer bereits bei der Rechnungsstellung fällig.

- ◆ Eine weitere steuerliche Entlastung bringt die verbesserte Möglichkeit für Investoren, Verlustvorträge geltend zu machen.

Mit den jetzt erreichten steuerlichen Erleichterungen werden Korrekturen an der Unternehmensteuerreform umgesetzt, die vor allem die CSU-Landesgruppe gegenüber Bundesfinanzminister Steinbrück und dem Koalitionspartner SPD angemahnt hat.

Hilfen für die Landwirtschaft

Durchgesetzt haben wir uns nunmehr auch mit der Forderung nach Erleichterungen für landwirtschaftliche Betriebe. Auch sie sind von der Wirtschaftsschwäche betroffen und brauchen Unterstützung.

Bei der Besteuerung von Agrardiesel werden die Landwirte 2009 und 2010 jeweils um 285 Mio. Euro entlastet. Die von der grünen Ministerin Künast verankerten Einschränkungen sind aufgehoben: Der „Selbstbehalt“ von 350 Euro je Betrieb sowie die Deckelung auf maximal 10.000 Liter je Betrieb entfallen - jedenfalls 2009 und 2010. Damit sinkt die durchschnittliche steuerliche Belastung von Agrardiesel für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe auf 25,56 Cent pro Liter.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die Enthüllung der Stasi-Mitarbeit des Westberliner Polizisten Karl-Heinz Kurras lässt das tatsächliche Ausmaß der Stasi-Beeinflussung der westdeutschen Geschichte in einem völlig neuen Rahmen erscheinen. Mit dem tödlichen Schuss auf den Studenten Benno Ohnesorg am Rande der Demonstrationen gegen den Schah-Besuch im Juni 1967 durch das SED-Mitglied Kurras schlug der studentische Protest zunächst in Gewalt und dann in brutalen Terror um.

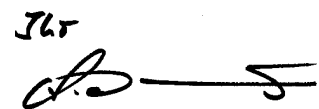


Anfang der 70er Jahre stand der Fall Ohnesorg für die Bildung der linksterroristischen „Bewegung 2. Juni“ und war der Auftakt für eine beispiellose Welle feiger Mordattentate auf führende Repräsentanten unseres Staates. Und dies alles im Zeichen von Marxismus und Sozialismus.

Ob die Stasi ihrem Mitarbeiter Kurras einen „Schießbefehl“ gab, ist zweifelhaft. Die entscheidende Dimension der jüngsten Enthüllung liegt aber im historisch-politischen Bereich. Es wird immer klarer, dass das DDR-Regime höchst wahrscheinlich in viel größerem Umfang als bisher angenommen direkten oder indirekten Einfluss auf unsere Geschichte nahm. Zu erinnern ist an den Rücktritt Willy Brandts in Folge der Stasi-Mitarbeit seines Vertrauten Guillaume, den Stimmenkauf beim konstruktiven Misstrauensvotum 1972, die Stasi-Unterstützung von RAF-Terroristen sowie schließlich deren Unterschulpschwärzung.

Die weitere Aufarbeitung der Stasi-Manipulationen unserer bundesdeutschen Geschichte ist dringend geboten. Ein Schlussstrich unter den Unrechtsstaat DDR kann nicht in Frage kommen.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Dobrindt MdB

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt zeigt erstaunliche Robustheit

Der Rückgang der Arbeitslosenzahl um 127.000 gegenüber dem Vormonat zeigt: Trotz der Schwere der Rezession befindet sich der Arbeitsmarkt in einer robusten Verfassung. Es ist noch keine Trendwende erreicht. Aber die ergriffenen Maßnahmen zur Stabilisierung von Konjunktur und Arbeitsmarkt greifen.

Die jüngsten Beschlüsse zu einer nochmaligen Ausweitung der Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate ist ein zusätzliches wichtiges Signal an die Adresse der Arbeitgeber, auf Entlassungen zu verzichten und stattdessen vor allem die Facharbeiter über die Krise hinweg an die Unternehmen zu binden.

In den kommenden Wochen werden auch die Aufstockungen der öffentlichen Investitionen und die Rückführung der Steuer- und Abgabenbelastung wirksam. Beides wird den Abschwung dämpfen und den Arbeitsmarkt stützen. In die

gleiche Richtung zielen die jüngsten Beschlüsse der Koalition zur Abmilde-

Handwerk und dem Mittelstand zu Gute kommen.



Handwerk und dem Mittelstand zu Gute kommen. Auch wenn sich jüngst erste Anzeichen für ein Erreichen der konjunkturellen Talsohle ergeben haben, besteht kein Anlass zur Entwarnung. Im Gegenteil: In der kommenden Legislaturperiode muss alles unternommen werden, um wieder zu einem angemessenen Wirtschaftswachstum zu kommen. Nach Auffassung der CSU muss dabei eine Fortsetzung der Steuerreformpolitik mit dem Ziel einer Glättung des Tarifs und einer Rückführung der kalten Progression im Mittelpunkt stehen.

Auch wenn sich jüngst erste Anzeichen für ein Erreichen der konjunkturellen Talsohle ergeben haben, besteht kein Anlass zur Entwarnung. Im Gegenteil: In der kommenden Legislaturperiode muss alles unternommen werden, um wieder zu einem angemessenen Wirtschaftswachstum zu kommen. Nach Auffassung der CSU muss dabei eine Fortsetzung der Steuerreformpolitik mit dem Ziel einer Glättung des Tarifs und einer Rückführung der kalten Progression im Mittelpunkt stehen.

Diese Woche

Steuern / Wirtschaft

Weitere Entlastungen für Bürger, Unternehmen und die Landwirtschaft S. 1

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt zeigt erstaunliche Robustheit S. 2

Innere Sicherheit

Wichtige Sicherheitsgesetze verabschiedet S. 2

Föderalismusreform II

Wirksame Schuldenbremse verankert S. 3

Gesundheitspolitik

Erhebliche Vorbehalte gegenüber Heroin auf Rezept S. 3

Handwerkerkongress

Über 100 Vertreter des Bayerischen Handwerks zu Gast in Berlin S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin - Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Innere Sicherheit

Wichtige Sicherheitsgesetze verabschiedet

Mit der Wiedereinführung einer Kronzeugenregelung sowie der Bestrafung der Ausbildung in Terrorcamps sind auf Drängen der CSU-Landesgruppe in dieser Woche zwei wichtige Sicherheitsgesetze verabschiedet worden.

Rot-Grün hat 1999 die Kronzeugenregelung für terroristische Straftaten auslaufen lassen. Dabei hatte sich diese Regelung bei der Aufklärung einer Reihe von Terrorakten der RAF bewährt. Deshalb haben wir darauf bestanden, dass eine allgemeine Kronzeugenregelung wieder eingeführt wird. Gerade vor dem Hintergrund der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist eine Kronzeugenregelung ein erheblicher Sicherheitsgewinn. Terrorismus und Organisierte Kriminalität, aber auch Korruption leben von Konspiration und Abschottung. Hinweise aus dem kriminellen Milieu sind in solchen Fällen oft die einzige Möglichkeit, um schwere Straftaten zu verhindern oder aufzuklären und an die Hintermänner heranzukommen. Die Bürger müssen die Gewissheit haben, dass Straftaten aufgeklärt und die Täter konsequent bestraft werden. Mit ihrem beharrlichen Einsatz für die Kronzeugenregelung hat die CSU-Landesgruppe einen wichtigen Erfolg für die Sicherheit der Bürger erreicht.

Wer sich in einem Terrorcamp ausbilden lässt, wird künftig bestraft. Das in dieser Woche beschlossene Gesetz zur Bestrafung von Vorbereitungen terroristischer Handlungen ist allein dem langjährigen Drängen der Union zu verdanken. Bundesjustizministerin Zypries hatte sich lange geweigert, ein Gesetz vorzulegen. Dabei gibt es keinen Zweifel: Immer mehr Personen - auch aus Deutschland - lassen sich im afghanisch-pakistanischen Grenzraum zu hochgefährlichen Terroristen ausbilden. Dazu gehören auch Mitglieder der so genannten ‚Sauerland-Gruppe‘, die schwerste Terroranschläge in Deutschland geplant hatten. Das jetzt beschlossene Gesetz ist ein wichtiger Schritt - weitere müssen folgen. Das Festhalten der Bundesjustizministerin an dem Nachweis, dass der im Terrorlager Ausgebildete auch tatsächlich einen Terrorakt plante, ist inkonsequent. Denn dieser Nachweis wird in der Praxis schwer zu führen sein. Wir werden uns deshalb weiterhin für Nachbesserungen einsetzen.

Föderalismusreform II

Wirksame Schuldenbremse verankert

Nach langen Verhandlungen hat der Deutsche Bundestag nunmehr die sog. Föderalismusreform II verabschiedet. Die neue Finanzverfassung verbessert die institutionellen Voraussetzungen für die Sicherung einer langfristigen Tragfähigkeit der Haushalte von Bund und Ländern. Die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Verankerung einer Schuldenbremse im Grundgesetz ist ein vor kurzem noch kaum für möglich gehaltener finanzpolitischer Durchbruch.

Die bislang geltenden verfassungsrechtlichen Regelungen zur Begrenzung der Kreditaufnahme haben nicht verhindern können, dass die Schuldenlast von Bund und Ländern in der Vergangenheit stark angestiegen ist. Mit der Reform wird jetzt in Anlehnung an den maßgeblich von Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel entwickelten Europäischen Stabilitätspakt das Prinzip einer nachhaltigen Haushaltspolitik im Grundgesetz festgeschrieben. Nach den Regeln für einen nationalen Stabilitätspakt sollen Bund und Länder in konjunkturellen Normaljahren ohne neue Schulden auskommen. Der Bund soll jedoch

einen Spielraum von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts als „strukturelle“ Reserve erhalten.

Ausnahmen von der Verpflichtung zu Haushalten ohne Neuverschuldung soll es nur für unvorhersehbare Katastrophen und tiefe Rezessionen geben. Kredite, die zur Überwindung solcher Krisen erforderlich sind, müssen jedoch nach einem verbindlichen Tilgungsplan abgebaut werden. Um die finanzschwächsten Bundesländer bei der notwendigen Konsolidierung zu unterstützen, erhalten sie Finanzhilfen des Bundes und der finanzstarken Länder. Nach einem begrenzten Zeit-

raum sind dann auch sie auf Haushalte ohne neue Schulden verpflichtet. Damit ist sichergestellt, dass Länder wie Bayern nicht dauerhaft die Zeche unseriöser Haushaltspolitik anderer übernehmen müssen.

Das Drängen der CSU auf die Verankerung einer strikten Schuldenbremse unterstreicht: Der Einsatz für eine solide Haushaltspolitik war, ist und bleibt ein Markenzeichen christlich-sozialer Politik. Dies gilt auch jenseits aller haushaltspolitischen Herausforderungen, vor die uns die Anstrengungen zur Eindämmung der gegenwärtigen Rezession stellen.

Gesundheitspolitik

Erhebliche Vorbehalte gegenüber Heroin auf Rezept

Einhellig haben die Mitglieder der CSU-Landesgruppe Gesetzentwürfe aus Reihen der SPD, der Grünen, der FDP sowie der Linkspartei abgelehnt, mit denen schwerstabhängigen Heroinsüchtigen künftig zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung Diamorphin, also ein synthetisch gewonnenes Heroin verordnet werden kann. Entgegen mitunter erhobenen Vorwürfen wollen wir den Schwerstabhängigen sehr wohl Hilfe zuteil werden lassen. Die Aufnahme der diamorphingestützten Substitutionsbehandlung in die Regelversorgung zum jetzigen Zeitpunkt hält die CSU-Landesgruppe jedoch für falsch.

Die Auswertung eines seit Jahren in verschiedenen deutschen Großstädten laufenden Modellprojekts zur Diamorphinbehandlung hat ergeben, dass eine Reihe von Fragen nach wie vor nicht zufriedenstellend beantwortet wurde. Deshalb tritt die CSU-Landesgruppe für eine Fortsetzung des Modellvorhabens ein. Somit könnten die laufenden Projekte mit neuen Schwerpunkten fortgeführt, die Versorgung der Betroffenen in den beteiligten Städten sichergestellt und auch neue Schwerstabhängige in die Projekte aufgenommen werden.

Die Ergebnisse des bisherigen Modellprojekts sind unter Experten durchaus umstritten. Das hat sich auch bei einer Anhörung im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens bestätigt. Problematisiert wurden dort u.a. Fragen zum fortgesetzten Beikon-

sum von Kokain, Alkohol und anderen Drogen durch die Studienteilnehmer sowie zur Ausstiegsorientierung bei der Diamorphinabgabe. Gerade die Befähigung zu einem suchtfreien



Leben soll aber ja vorrangiges Ziel einer zeitlich klar befristeten Heroinsubstitution sein. Offen ist zudem die Bewertung der aufwendigen psychosozialen Betreuung für die Ergebnisse der Studie. Die bei allen Teilnehmern an den Modellprojekten festgestellten Verbesserungen beim Gesundheitszustand und bei der So-

zialintegration sind wohl vor allem auf die intensive psychosoziale Betreuung zurückzuführen - und wohl eher nicht auf die Art des abgegebenen Substitutionsstoffes.

Erhebliche Schwankungen bestehen bei der Zahl der zu erwartenden Schwerstabhängigen, die unter die jetzt beschlossene Regelung fallen. Die Gesetzesbefürworter geben lediglich 1.000 potenzielle Süchtige an. Der Spitzenverband der Krankenkassen und die Ärzteschaft nennen bis zu 80.000. Eines ist klar: Bestätigen sich die Angaben von Kassen und Ärzteschaft, wird die Heroinsubstitution auf Rezept erhebliche Kosten verursachen. Auch insofern hält die CSU-Landesgruppe die Fortsetzung des Modellprojekts zur Klärung der oben aufgeworfenen Fragen für die einzig sinnvolle Alternative.

Handwerkerkongress

Über 100 Vertreter des bayerischen Handwerks zu Gast in Berlin

Auf großes Interesse ist der Handwerkskongress der CSU-Landesgruppe in Berlin gestoßen. Über 100 Vertreter des bayerischen Handwerks, von Bauunternehmern und Bäckern bis hin zu Vertretern der Handwerkskammern, waren zur Diskussion mit Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, dem CSU-Landesgruppenvorsitzenden Dr. Peter Ramsauer, dem Parlamentarischen Geschäftsführer Hartmut Koschyk und den Fachpolitikern der CSU-Landesgruppe in den CDU/CSU-Fraktionssaal im Berliner Reichstagsgebäude gekommen.

Trotz der aktuellen Opel-Verhandlungen hatte sich auch Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg Zeit genommen, um den Teilnehmern die wirtschaftspolitischen Leitlinien der CSU für das Handwerk zu erläutern. Das Handwerk sei das ‚Rückgrat und die Herzkammer‘ der deutschen Wirtschaft, so der Minister.



Bundesminister Dr. zu Guttenberg erläutert unsere Politik für das Handwerk

zu Guttenberg: CSU ist fairer Partner des Handwerks

Es komme darauf an, nicht vorrangig auf jene zu achten, ‚die am lautesten riefen‘, sagte zu Guttenberg mit Verweis auf die jüngsten Hilferufe großer Unternehmen nach Staatshilfe. An Hand einer Reihe konkreter Beispiele verdeutlichte er, dass sich in der Großen Koalition niemand stärker für den Mittelstand und das Handwerk eingesetzt habe als die CSU.

Der CSU-Landesgruppenvorsitzende Dr. Peter Ramsauer betonte, angesichts der aktuellen Wirtschaftsschwäche verdienten gerade die familiengeführten Betriebe des Mittelstandes und des Handwerks größte Beachtung. Bei der Entwicklung von konjunkturstützenden Maßnahmen habe deshalb die CSU allergrößten Wert darauf gelegt, gerade den Hunderttausenden Handwerksbetrieben mit ihren insgesamt 4,8 Millionen

Beschäftigten Luft zu verschaffen und ihre Ertragskraft sowie Liquidität zu erhalten.

In diesem Kontext erläuterte Dr. Ramsauer den Teilnehmern die jüngsten steuerlichen Erleichterungen, die sich zur Abfederung der Krise gerade auch für unsere Handwerksbetriebe positiv auswirken - etwa die Verbesserungen bei der Ist-Besteuerung im Bereich Umsatzsteuer sowie bei der sog. Zinsschranke. Auch werde vom Konjunkturpaket II mit seinen investiven Maßnahmen eine positive Wirkung für den Mittelstand ausgehen, erläuterte der CSU-Landesgruppenchef.

Ramsauer: Nach dem Herbst weitere Verbesserungen

Für einen Wahlsieg im September kündigte er weitere Änderungen bei der Unternehmenssteuer an. Bei der Reform der Erbschaftsteuer habe sich



Über 100 Vertreter des Bay. Handwerks folgten der Einladung der CSU-Landesgruppe

das zähe Ringen der CSU für das Eigentum gelohnt. Gerade in der Rezession erweise sich aber, dass einzelne Regelungen - wie von der CSU vorausgesagt - schädlich seien.

Korrekturbedarf bestehe vor allem bei der Vererbung von Unternehmen. Die dort verankerte Verknüpfung der Erbschaftsteuerbefreiung mit Vorgaben zur konstanten Weiterbeschäftigung der Belegschaften könne existenzgefährdend wirken.

Die rege Beteiligung an der anschließenden Diskussion mit über dreißig Beiträgen machte deutlich, wo dem Handwerk der Schuh drückt. Angesprochen wurden detaillierte Spezialthemen einzelner Handwerksbereiche ebenso wie allgemeine



v.r.n.l.: Dr. Peter Ramsauer, Dr. Georg Nüsslein und Dr. Hans-Peter Friedrich

Fragen aus dem Bereich Steuer- und Bürokratiebelastung sowie Probleme bei der Kreditvergabe. Für sachkundige Antworten standen auf Seiten der CSU-Landesgruppe deren wirtschaftspolitischer Sprecher, Dr. Georg Nüsslein, die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeswirtschaftsminister, Dagmar Wöhrl sowie die ausgewiesenen Handwerks- und Mittelstandspolitiker, Dr. Hans-Peter Friedrich, Ernst Hinsken, Hans Michelbach und Max Straubinger zur Verfügung. Die jüngsten Beschlüsse zu Erleichterungen bei den Unternehmenssteuern stießen bei den Teilnehmern auf ein durchweg positives Echo. Grundtenor unter den Teilnehmern war zugleich die Forderung, diese Politik zur Stärkung der Ertragskraft unserer mittelständischen Betriebe konsequent weiter zu führen.

Dr. Ramsauer kündigte abschließend an, die vorgetragenen Probleme und Forderungen einer intensiven Prüfung zu unterziehen. „Jedes Einzelanliegen ist uns wichtig, jeder aufgeworfenen Frage wird minutiös nachgegangen“, versicherte er.